

die bislang an den Hochschulen ankommen, 1:1 gegenfinanziert werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Nettoneuverschuldung ist doch keine Gegenfinanzierung!)

Deswegen brauchen wir einen Haushalt 2011, der solide durchfinanziert ist und mit dem es eine Gegenfinanzierung gibt.

Wir sind nicht bereit – das sage ich ganz klar –, ein Risikoverfahren vorzulegen, bei dem letztlich die Hochschulen das Risiko tragen, das Ganze vorfinanzieren zu müssen. Statt diesem oder anderer Winkelzüge wollen wir ein Verfahren, durch das die Studienbeiträge abgeschafft werden und gleichzeitig das Geld an die Hochschulen geht. Damit werden wir auch dem Auftrag gerecht, den wir vorgelegt haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein letztes Wort in Richtung von Frau Demirel: Beim Bankenrettungspaket – ich will das nicht schönreden – sind Bürgschaften in einer atemberaubenden Rasanz ausgebracht worden, keine Frage. Aber das Geld, das da konkret fließen muss, muss auch in Haushalten konkret dargestellt werden. Das ist ja unser Problem: Die Rettungspakete sind nicht ausfinanziert, auch nicht für den Landeshaushalt. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das abgerechnet werden soll, ist auch nicht ausfinanziert. Das wollen wir bei den Studienbeiträgen eben nicht haben. Die wollen wir gegenfinanzieren. Und gleichzeitig wollen wir mit der Abschaffung der Studiengebühren den Hochschulen das Geld geben. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Mostofizadeh. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Erstens stimmen wir über den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/23** in der Ausfertigung des **Neudrucks** ab. Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung haben die antragstellenden Fraktionen nunmehr beantragt, diesen Antrag an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie federführend ...

(Zurufe von CDU und FDP)

– Kann ich bitte das Abstimmungsverfahren vortragen? Danke.

... sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Hierüber konnte ein Einvernehmen zwischen den Fraktionen nicht erzielt werden. Deshalb ist hierüber abzustimmen. Der Antrag auf direkte Abstimmung ist der weiter gehende. Deshalb lasse ich zuerst darüber abstimmen, ob eine direkte Abstimmung vorgenommen werden soll. Wir kommen also zur Abstimmung über die Frage, ob direkt

abgestimmt werden soll. Wer die Zustimmung zu diesem Antrag geben möchte, hebe seine Hand. – Wer ist dagegen? – Damit ist der **Antrag auf direkte Abstimmung abgelehnt**.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kneifen die! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Verfahrensantrag der antragstellenden Fraktionen, den **Antrag Drucksache 15/23 – Neudruck** – einschließlich des **Änderungsantrags Drucksache 15/49** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

(Zurufe)

Wir kommen zum **Gesetzentwurf** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/30**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gesetzentwurfs an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Wer ist dagegen? – Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Frau Abgeordnete Beer, bitte.

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Hat die CDU-Fraktion zugestimmt oder sich enthalten? Ich konnte das der Abstimmung nicht entnehmen.

(Zurufe)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Einige aus den Reihen der CDU haben zugestimmt, andere haben an der Abstimmung gar nicht teilgenommen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN – Zurufe)

Wir kommen zu:

## 6 Bekenntnis zur Jugendbeteiligung mit Leben füllen – Verantwortung des Landes wahrnehmen

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/18

Ich eröffne die Beratung. – Das Wort hat der Abgeordnete Herr Hafke.

**Marcel Hafke** (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist interessant, dass bei so einem Thema hier direkt die Flucht losgeht. Ich denke, es ist aber trotzdem ein wichti-

ges Thema. Deswegen möchte ich hier ein paar Stellungnahmen dazu abgeben.

Die erste Initiative, die ich hier für die FDP-Fraktion vorstellen darf, leitet das zentrale Thema der nächsten Jahre ein. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir das in der ersten inhaltlichen Sitzung in dieser Wahlperiode besprechen. Es geht um die Verantwortung und die Chancen der jungen Generation.

Wir wollen hier heute keine theoretische Debatte führen. Heute geht es nicht darum, in leeren Worthülsen Absichtserklärungen auszusprechen. Heute geht es vielmehr darum, ein konkretes Handlungskonzept für mehr Jugendbeteiligung auf den Weg zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir noch einmal die Initiativen der Fraktionen aus den vorangegangenen Wahlperioden angeschaut. Das ist ganz interessant. Grundsätzlich hat sich jede Fraktion in eigenen Anträgen oder Positionierungen zur Kinder- und Jugendbeteiligung bekannt. Man kann also durchaus fragen, warum da nicht ein gemeinsamer Antrag einen Schritt vorwärts gegangen ist.

Heute liegt hier der bisher weitestgehende Antrag vor. Bisher ging es vor allem um die Beteiligung auf kommunaler Ebene. Das ist nach wie vor richtig und wichtig. Wir haben heute in vielen Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Beteiligungsgremien. Aber von einer flächendeckenden Präsenz sind wir noch weit entfernt. Nur können wir nicht den Kommunen immer sagen „Bitte macht Kinder- und Jugendbeteiligung“ und sie dann damit allein lassen und es selbst nicht besser können. Es müssen viel mehr Förderung und Unterstützung für die kommunalen Gremien und Projekte angeboten werden. Wir brauchen eine Anlaufstelle, die die Städte zur Installation neuer Beteiligungsgremien motiviert und sie auch bei der Umsetzung und der Vernetzung begleitet.

Wir haben in unserem Antrag ganz konkrete Vorschläge dazu gemacht, damit wir auf kommunaler Ebene über die bisherigen Absichtserklärungen hinauskommen.

Vor allem aber reden wir heute über unsere eigene Verantwortung. Es ist doch traurig, dass wir im Landesparlament selbst die meiste Zeit jugendfreie Zone sind. Wir sollten nicht anderen Empfehlungen und gute Ratschläge geben, wenn wir selbst nicht die Kraft und den Mut haben, den richtigen Weg einzuschlagen.

Der Fokus auf die kommunalen Gremien hatte für uns als Landesparlament bislang ja einen Vorteil: Wir waren davon selbst nicht betroffen. Deshalb ist es jetzt Zeit, uns diese Betroffenheit selbst zu verordnen und Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungsprozessen der Landespolitik teilhaben zu lassen. Wir brauchen hier mit Landtag mehr Präsenz von Kindern und Jugendlichen.

Ich will jetzt nicht das Bild von fröhlichem Kindergeschrei auf den Fluren bemühen. Das geht hier nämlich fehl. Es geht nicht darum, uns am Anblick von Kindern zu erfreuen und die reine Präsenz als Beteiligung zu feiern, sondern es geht um ganz ernsthafte Auseinandersetzungen mit den Wünschen und den Argumenten der jungen Generation.

Der Jugendlandtag hat uns gezeigt, wie groß die Bereitschaft der Jugendlichen ist, sich mit Politik zu beschäftigen, und zwar mit absoluter Ernsthaftigkeit. Die jungen Leute wollen mitreden. Sie wollen Verantwortung übernehmen. Der Jugendlandtag kann also ein erster Ansatz sein hin zu einer Öffnung des Landesparlaments für das Partizipationsbedürfnis der Jugendlichen.

Im Ausschuss sollten wir dann über eine konzeptionelle Weiterentwicklung nachdenken, um die Beteiligung qualitativ zu verbessern.

Heute geht es jedoch um die generelle Bereitschaft zur Öffnung. Da sprechen wir nicht von drei Tagen im Jahr, sondern von 365. Es geht darum, wie wir Kindern und Jugendlichen generell Mitentscheidungsmöglichkeiten geben.

Das ist im Übrigen ja kein Geschenk, das die Politik macht. Es steht ganz klar im Kinder- und Jugendfördergesetz, dass Kinder und Jugendliche gehört werden müssen. Insofern ist das nicht nur ein demokratischer Auftrag, sondern auch ein gesetzlicher, den wir endlich umsetzen sollten.

(Beifall von der FDP)

Wir haben mit dem Kinder- und Jugendrat eine Jugendselfstvertretung, die für die Jugend in Nordrhein-Westfalen sprechen kann. Vorletzte Woche Sonntag ist ein neues Sprecherteam gewählt worden. Ich würde mich freuen, wenn wir denen heute hier schon einmal das Signal geben könnten, dass der Landtag bereit ist, sich für die Meinung von Kindern und Jugendlichen zu öffnen. Ich denke, das sollte uns auch gelingen. Das Thema erleichtert es uns ja schließlich in zwei Punkten.

Erstens gibt es bisher keine generelle Beteiligung auf Landesebene, sodass wir zu Beginn der 15. Legislaturperiode des Landtags ein frisches und klares politisches Signal senden können.

Zweitens geht es hier ausnahmsweise einmal nicht um Geld, sondern um den Mut, einmal voranzugehen. Der kostet bekanntlich nichts.

Daher hoffe ich auf gute Beratungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Hafke. – Als Nächster hat für die CDU-Fraktion Herr Tenhumberg das Wort.

**Bernhard Tenhumberg** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Viele effektive Möglichkeiten der Jugendbeteiligung sind in diesem Parlament bereits mehrfach angedacht und auch in die Wege geleitet worden, um Jugendliche anzuregen, sich aktiv mit dem Thema Demokratie und den damit verbundenen politischen Willensbildungsprozessen vertraut zu machen.

Es ist wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche intensiv mit den demokratischen Grundwerten auseinandersetzen. Kindern und Jugendlichen sind vor allem soziale Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte wie die Meinungsfreiheit und demokratische Mitbestimmung wichtig. Sie wollen nicht nur über Grundwerte diskutieren, sondern sich auch für diese engagiert einsetzen. Der beste Schutz für unsere Verfassung sind aufgeklärte Demokratinnen und Demokraten.

Die Auswertung des „Jugendwettbewerb NRW. Demokratie leben“ der Landeszentrale für politische Bildung hat gezeigt, dass das Vorurteil einer Jugend ohne demokratische Tugenden falsch ist.

Die Zukunft der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen, deren Wohlergehen sowie deren Bildung und Erziehung sind von zentraler Bedeutung. Deshalb haben wir uns in den vergangenen Jahren dafür stark gemacht, dass die Jugendarbeit und somit die Beteiligung der Jugendlichen einen besonderen Stellenwert bekommt. Andere Maßnahmen haben ein gemeinsames Ziel, eine Verbesserung der Startchancen von Kindern und Jugendlichen, um sie bestmöglich in ein eigenverantwortliches selbstbestimmtes Leben hineinwachsen zu lassen.

Wir möchten erreichen, dass unsere Jugendlichen frühzeitig lernen, eigenverantwortlich bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen und politischen Umfeldes nach dem Motto „Lebenswirklichkeit aktiv gestalten“ mitzuwirken. Demokratie soll von den Jugendlichen in der Praxis eingeübt werden können.

Meine Damen und Herren, laut Angaben der 15. Shell Jugendstudie aus dem Jahre 2006, in der 2.500 Jugendliche im Alter von zwölf bis 25 Jahren zu ihrer Lebenssituation, ihrer Glaubens- und Wertevorstellung und eben auch ihrer Vorstellung von Politik befragt worden sind, haben wir es mit einer pragmatisch denkenden jungen Generation zu tun. Politikverdrossenheit bei Jugendlichen schadet unserer Gesellschaft auf Dauer. Wir sind verpflichtet, diese Einstellung kontinuierlich zurückzudrängen.

Themen wie zum Beispiel Jugendräte, Pakt mit der Jugend, der Jugendlandtag und der Kinder- und Jugendrat sind im Parlament mehrfach angesprochen worden. Insofern befinden wir uns hier nicht in einem jugendfreien Landtag. Ich darf auch auf das vorbildliche Engagement des Besucherdienstes hinweisen.

Der Kinder- und Jugendrat NRW, der sich 2003 bei einem landesweiten Treffen aller Kinder- und Jugendgremien in Nordrhein-Westfalen in Herne konstituiert hat, soll einen kontinuierlichen Austausch und die Durchführung gemeinsamer Projekte ermöglichen.

Durch das bundesweit einmalige Steuerungsinstrument „Pakt mit der Jugend“ ist es uns gelungen, neue Ansätze zu schaffen und die Arbeit der Organisationen der Jugend zeitgemäß fortzuführen. Die Struktur des Instrumentes „Pakt mit der Jugend“ ermöglicht der Landesregierung die Bündelung wesentlicher Teile der jugendpolitischen Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen. Mehr als 2 Millionen nordrhein-westfälische Jugendliche sind hier ehrenamtlich eingebunden.

Nun sollten wir die notwendigen Schritte einleiten, um eine bestmögliche Koordination und Vernetzung von Bewährtem in diesem Bereich sicherzustellen. Wir müssen das Problem der Schnittstellen entschärfen und dazu beitragen, dass diese Stellen zu Verbindungsstellen werden. Die Unterstützungs- und Beteiligungssysteme müssen noch intensiver und besser vernetzt werden.

Die FDP hält in ihrem Antrag den Kinder- und Jugendrat NRW für ausbaufähig. Die bereits bestehenden Strukturen können auch weiterhin genutzt werden. Für die Verbesserung der Jugendbeteiligung wird im FDP-Antrag konkret vorgeschlagen, eine Unterstützungsstruktur aufzubauen, die die Arbeit des Kinder- und Jugendrates stärken soll.

Wir haben uns in der letzten Wahlperiode immer für einen gelungenen Bürokratieabbau eingesetzt und halten daher wenig von einer Aufblähung eines neuen Bürokratieapparates unter dem Schlagwort Jugendbeteiligung. Wir möchten Geld, von dem wir wahrlich nur wenig haben, lieber in konkrete, bereits bewährte Projekte stecken.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, in der organisierten und offenen Jugendarbeit kann die Chance zur freiwilligen ehrenamtlichen Beteiligung Jugendlicher und junger Menschen durch folgende Rahmenbedingungen erhöht werden:

Eigene Vorstellungen müssen entwickelt werden können und sich verwirklichen lassen.

Den jungen Menschen muss ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit eingeräumt werden.

Eine sachgemäße und verantwortungsvolle Einführung in ihr freiwilliges Engagement durch Erwachsene muss sichergestellt werden.

Ehrenamt und freiwilliges Engagement dürfen nicht als Last vermittelt werden.

Ihre Arbeit muss jugendgemäß gewürdigt werden.

Geeignete Ansprechpartner für diejenigen, die ehrenamtliche Aufgaben übernehmen wollen oder bereits übernommen haben, müssen bekannt sein.

Meine Damen und Herren, auch die Enquetekommission III, die sich mit der Jugendkriminalprävention beschäftigt hat, führt dazu an zwei Stellen etwas aus. Ich zitiere von Seite 65:

Die Kinder- und Jugendverbandsarbeit hat als Ziel, Kindern und Jugendlichen ein möglichst breites Spektrum an Lebensentwürfen zu ermöglichen, welche die Teilnehmer/-innen durch kommunikative und interaktive Kompetenzen selbst entwerfen und verwirklichen können.

Auf Seite 66 heißt es zur offenen Kinder- und Jugendarbeit und zur Partizipation:

Kinder und Jugendliche können in diesem Handlungsfeld sich selbst organisieren und mitbestimmen und erlernen dadurch einen diskursiven Umgang untereinander sowie mit den erwachsenen Mitarbeiter/-innen. Über ein Erlernen der Mitbestimmungsmöglichkeiten hinaus fühlen sie sich auch ermächtigt, mit zu bestimmen.

Meine Damen und Herren, im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplanes werden vor allem Organisationen der Kinder und Jugendlichen sowie Fachorganisationen der Kinder- und Jugendarbeit einschließlich der kommunalen Einrichtungen und Maßnahmen für bestimmte Bereiche gefördert. Die fachlichen Akzente liegen dabei überwiegend auf der verbandlichen, offenen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit. Hinzu kommen auch Angebote der Jugendsozialarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes.

Unser gemeinsames Ziel sollte weiterhin die Umsetzung der Mitwirkung und Selbstbildung möglichst vieler junger Menschen sein.

Ich kann mir bezüglich der Partizipationsmöglichkeiten gut vorstellen, dass der Kinder- und Jugendförderplan Nordrhein-Westfalen entsprechend weiterentwickelt werden kann.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen findet aber nicht nur im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes statt. Die Frage stellt sich, wie Schülerinnen und Schüler an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligt werden können. Ein Gremium, zusammengestellt in Form eines Delegationssystems, wäre nach meiner Auffassung auf kommunaler Ebene sehr gut vorstellbar.

Meine Damen und Herren, wichtig ist, wie mein ehemaliger Kollege Thomas Mahlberg schon vor neun Jahren in diesem Plenarsaal sinngemäß gesagt hat, dass wir Kinder und Jugendliche als Beteiligte im Meinungsbildungsprozess ernst nehmen. Ich halte es grundsätzlich für einen richtigen Ansatz, Kinder und Jugendliche in der Kommune zu beteiligen, also dort die entsprechenden Beteiligungsmög-

lichkeiten zu gewährleisten und zu stärken. In den zahlreichen Gesprächen mit Schülergruppen aus meinem Wahlkreis stelle ich immer wieder fest, dass das Interesse der Kinder und Jugendlichen an ihrem persönlichen Umfeld sehr groß ist. Ich sehe im kommunalen Wahlrecht für 16-Jährige eine gelungene Beteiligung Jugendlicher an der demokratischen Mitwirkung.

Für die gute Vermittlung politischer und gesellschaftlicher Grundbildung der Jugendlichen trägt die Schule mit Verantwortung. In den Unterrichtsinhalten muss dies angemessen berücksichtigt werden.

Wir Christdemokraten möchten die Bereitschaft junger Menschen zu demokratischem und sozialem Engagement wecken, die Möglichkeit junger Menschen zu Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe ausbauen, junge Menschen befähigen, ihre Interessen zu erkennen und gemeinsam mit anderen in selbst organisierten Strukturen zu vertreten, solidarisches und gleichberechtigtes Miteinander ermöglichen und junge Menschen in die Lage versetzen, Risiken und Gefährdungen zu erkennen und zu lernen, mit ihnen richtig umzugehen, soziale Benachteiligung abbauen und interkulturelles Zusammenleben fördern.

Meine Damen und Herren, der FDP-Antrag beschreibt vieles, was zum Teil seit Jahren selbstverständlich ist und Richtschnur des Engagements dieses Parlamentes war. Er beschreibt aber auch neue Gedanken, bei denen es sich vielleicht lohnen würde, sie im Fachausschuss vertiefend zu beraten. Wir stimmen der Überweisung deshalb zu. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Tenhumburg. – Es spricht nun für die SPD der Abgeordnete Herr Jörg.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Es weht offenbar ein frischer Wind in der FDP-Fraktion. Herr Hafke, herzlich willkommen im Parlament! Ich habe diesen Antrag mit Freude zur Kenntnis genommen; das muss ich wirklich sagen. Die Initiative, die Sie hier ergriffen haben – und dann noch als eine der ersten FDP-Initiativen in dieser Legislaturperiode –, finde ich wirklich klasse. Hut ab!

**(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)**

Ich freue mich darauf – das kann ich gleich vorweg sagen –, diesen Antrag im Ausschuss gemeinsam zu beraten; denn ich halte es für wichtig, dass wir daraus vielleicht auch einen interfraktionellen Antrag machen, einen Antrag, in dem sich das ganze Parlament zu den Vorstellungen äußert, wie man Jugendliche einbindet.

Ich finde das wirklich gut und lade Sie recht herzlich ein, daraus gemeinsam einen Antrag zu machen. Ich glaube, Sie sind auch Vorsitzender der JuLis. Das können Sie ruhig weitererzählen, dass Ihre Initiative zu solch einer parlamentarischen Initiative geführt hat. Ich finde das klasse.

Aber, lieber Kollege Hafke, wir müssen natürlich – das können Sie nicht machen, das muss ich tun – auch die letzten fünf Jahre unter die Lupe nehmen und schauen, was Ihre Fraktion da getan hat. Ich hätte mir gewünscht, dass die FDP in den fünf Jahren einmal eine Viertelstunde – Sie haben ja Redeblock II beantragt – über dieses Thema hätte sprechen wollen. Ich hätte es mir gewünscht; Sie haben das nicht geschafft, obwohl auch die eine Viertelstunde hingekriegt hätten. Aber es ist nicht passiert. Ganz im Gegenteil: Die FDP hat alles darangesetzt, jungendliches Engagement, jugendliche Initiativen nicht zu unterstützen.

Sie haben in den Schulen die Drittelparität abgeschafft.

(Widerspruch von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Selbstverständlich, Herr Papke. Sie haben in den Schulen die Drittelparität abgeschafft. Damit führt man Jugendliche doch nicht an die Demokratie heran.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie waren doch gar nicht dabei!)

– Ich war nicht dabei? Entschuldigung.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Waren Sie dabei?)

– Sicher war ich dabei. Herr Papke, Sie müssen sich mal ein bisschen konzentrieren. Herr Papke, ich war fünf Jahre Ihr Kollege. Ich weiß, Sie haben mich nie begrüßt, aber trotzdem war ich hier.

(Heiterkeit und Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Sie haben auch gegen einen Antrag der Grünen, das Wahlalter auf 16 zu reduzieren, gestimmt, den wir mitgetragen haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das sind doch Initiativen, mit denen man tatsächlich jugendliche demokratische Strukturen fördert.

Ich will mich auch inhaltlich äußern. Herr Hafke, wir müssen, wenn wir das gemeinsam beraten, auch schauen: In welcher Situation sind Jugendliche heutzutage? Haben sie überhaupt die Kapazität, sich in demokratischen Strukturen ehrenamtlich zu engagieren, und zwar nicht nur in demokratischen Strukturen wie in unseren Jugendverbänden, sondern insgesamt?

Ist es nicht häufig so, dass sich Jugendliche durch enormen Stress bei der Ausbildung, beim Turboabi-

tur oder beim Studium in Situationen befinden, in denen sie gar nicht die Kapazitäten haben, sich zusätzlich über die Arbeit hinaus ehrenamtlich zu engagieren? Darum müssen wir uns kümmern. Das müssen wir unbedingt in der Diskussion mit beobachten und mit beurteilen.

Ich erlebe es häufig, dass Jugendliche, die gerade Abitur machen, einen engeren Terminkalender haben als ich, und ich habe schon sehr viele Termine. Das ist nicht in Ordnung. Wir können bei Jugendlichen eine Selbstständigkeit, eine Selbstbestimmtheit nicht erreichen, wenn wir sie durch unsere Schulpolitik, unsere Politik für die Studierenden dermaßen unter Druck setzen. Das müssen wir ändern. Das ist auch ein Teil der Diskussion, die wir hier führen müssen.

Aber Sie haben natürlich in den fünf Jahren einiges gemacht, zum Beispiel den Pakt mit der Jugend, den Kollege Bernhard Tenhumburg gerade erwähnt hat. Wenn ich das Revue passieren lasse und mir die Akteure vor Ort anhöre, war das, lieber Bernhard, eher etwas für die Medien und eher ein Ereignis für die Regierung als eines für die Jugendlichen. Ich glaube, wenn wir das gemeinsam machen, muss man auch das ändern.

In Ihrem Antrag haben Sie auch den Landesjugendplan angeführt. Der Landesjugendplan in einem FDP-Antrag nach diesen fünf Jahren hat auch etwas Spannendes, weil das 2005 ein zentrales Wahlversprechen dieser schwarz-gelben Koalition war, das Sie mit Bravour gebrochen haben. Deshalb finde ich es umso mutiger, das in einen Antrag aufzunehmen. Sie haben in unserem Koalitionsvertrag nachlesen können, dass wir den Landesjugendplan um 25 % erhöhen werden. Ich hoffe, dass ein Teil unseres Ergebnisses, das wir mit diesem Antrag hoffentlich gemeinsam erreichen werden, durch diese 25 %, die wir beschlossen haben, gestützt wird. Das wäre an dieser Stelle gut investiert.

Also – ich will meine Redezeit nicht ausnutzen; es kommen noch andere Rednerinnen –: Es gibt frischen Wind bei der FDP; das finde ich gut. Sie haben das heute erlebt, dass Studierende ausgeschimpft werden, weil sie demonstrieren. Das wären alles Organisierte oder weiß der Teufel was. Ich fände es gut, wenn dieser ideologische Muff der FDP jetzt mal mit frischem Wind durchgelüftet wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich werde Ihren Antrag, so gut ich kann, an den Stellen, an denen es geht, korrigieren, wünsche uns eine gute Zusammenarbeit und freue mich auf die Arbeit im Ausschuss. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jörg. – Für die Fraktion Bünd-

nis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Hanses.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Dagmar Hanses** (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich auch über das Bekenntnis der FDP zur Partizipation und Jugendbeteiligung. Ich habe mich sehr gefreut, als der Antrag kam. Partizipation wird jetzt schon im Kinder- und Jugendförderungsgesetz geregelt. Darin steht sehr eindeutig, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dafür Sorge zu tragen haben, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand in den sie betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig, in geeigneter Form und möglichst umfassend unterrichtet und auf ihre Rechte hingewiesen werden sollen. – Das betrifft eher unsere Städte und Gemeinden.

Wir haben im Gesetz aber auch die Landesplanung verankert. Ich möchte § 6 Abs. 3 kurz zitieren und vorher die Frage in den leicht leeren Raum stellen: Welche Belange betreffen Kinder und Jugendliche nicht? Alles, was wir tun, hat Auswirkungen auf das Leben von Jugendlichen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

§ 6 Abs. 3 lautet:

Das Land soll im Rahmen seiner Planungen, soweit Belange von Kindern und Jugendlichen berührt sind, insbesondere aber bei der Gestaltung des Kinder- und Jugendförderplans,

– so heißt der seit über fünf Jahren –

Kinder und Jugendliche im Rahmen ihrer Möglichkeiten hören.

Bei diesem jetzt schon eine Weile gültigen Gesetz muss ich feststellen: Es ist das am häufigsten ignorierte Gesetz, das ich kenne.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Für andere Bereiche ist es nicht vorstellbar, dass ein Gesetz so konsequent ignoriert wird.

Die Umsetzung dieses Gesetzes sollte deshalb dringend viel breiter angelegt werden. Denn das hilft uns allen. Das wurde auch eben schon einmal gesagt. Kinder und Jugendliche, die jetzt beteiligt und eingebunden werden, schätzen auch ihr Lebensumfeld. Das, was sie jetzt gestalten, achten sie auch in Zukunft. Partizipation ist auch das Präventionsmittel – das hat der Kollege von der CDU ebenfalls gesagt – gegen Politik- und Parteienverdrossenheit.

Deshalb – der Wahlkampf ist nun wirklich vorbei, auch wenn hier heute schon viel Getöse war –: Bei diesem Thema müssen wir uns einigen. Kinder und Jugendliche dürfen nämlich nicht zum Spielball von Farben werden. Hier müssen wir gemeinsam weiterkommen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Von daher wundert es mich, dass die FDP gerade jetzt in dem Antrag fordert, das Thema Partizipation aus dem zuständigen Ministerium auszukoppeln, und das mit der Begründung – und das ist noch das Schöne –, die notwendige politische Neutralität gewährleisten zu können. Da frage ich mich: Wie war das denn vorher mit der politischen Neutralität? Ich hoffe doch, dass unsere Ministerien die gewährleisten können, egal, unter welcher Führung.

Wir können uns daher der Vorgehensweise, der Überweisung an den Ausschuss, anschließen, müssen dann aber nach den geeigneten Instrumenten und Methoden suchen, und zwar zusammen mit Kindern und Jugendlichen und mit den Experten, mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit, mit den Trägern der Jugendverbandsarbeit, mit der Jugendsozialarbeit. Das sind Leute, die wissen, wo der Schuh bei den Jugendlichen drückt.

Unser Vorschlag wäre zudem, das auch noch breiter anzulegen und uns gemeinsam auf eine Anhörung oder ein Expertengespräch zu verständigen. Da müssen wir noch jede Menge angehen.

Zu den Partizipationsformen möchte ich für die Grünen sagen, dass wir besonderen Wert darauf legen, dass es nicht reicht, diese Pseudopartizipation zu machen, wo Showveranstaltungen stattfinden.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Nicht, dass Sie mich falsch verstehen: Ich hoffe, dass der Jugendlandtag das nicht ist. Der Jugendlandtag ist ein gutes Instrument, um Jugendliche an Politik heranzuführen, um ihnen zu zeigen, wie spannend das hier sein kann, um das zu leben und zu erleben. Zusätzlich brauchen wir natürlich noch viele weitere andere Instrumente.

Ich möchte ganz kurz darauf hinweisen, dass die neue Landesregierung – die neue Ministerin sitzt ja auch da – auch schon einige Instrumente in Angriff genommen hat, die in der Tat auch nicht viel kosten und auch keine große Mühe bereiten, mit denen man Kinder und Jugendliche sehr schnell ernst nehmen kann. Die Einführung der Drittelparität wurde schon genannt.

Herr Hafke, ich möchte Sie wirklich bitten, die Kollegin, Frau ....

(Sören Link [SPD]: Pieper-von Heiden!)

– So heißt sie. Die hat nicht erkannt, dass es wirklich ein Instrument ist, das Kinder und Jugendliche ernst nimmt. Ich möchte Sie dringend bitten, ihr das noch einmal zu sagen, dass dies auch hilft.

Ebenso die Herabsetzung des Wahlalters auf 16. Im Übrigen ist das eine der Hauptforderungen des Kinder- und Jugendrates NRW, den Sie in Ihrem Antrag zitieren. Gerne möchten wir die mehr einbinden.

Unsere Fraktion hat bereits in der letzten Legislaturperiode einen sehr umfassenden Antrag zum Thema Partizipation vorgelegt. Jetzt liegt dieser Antrag vor. Daran können wir sicherlich gemeinsam anknüpfen.

Ich möchte noch ein wenig Kritik üben: Anders als die FDP hier jetzt vorschlägt, dürfen wir aus unserer Sicht die Qualität von Partizipation nicht bewerten, nicht wir Politikerinnen und Politiker, sondern die Kinder und Jugendlichen entscheiden das selber. Das Verfahren und die Ergebnisqualität bewerten die Jugendlichen auch selber.

Es wurden hier einige Institutionen bereits genannt. Es wurde der Kinder- und Jugendrat NRW genannt. Wir haben aber auch die Fachstelle Jugendbeteiligung mit vier Regionalstellen in NRW sowie den Wettbewerb Demokratie leben, der auch eher ein Orchideechen ist. Aber wir müssen uns da viel, viel breiter aufstellen.

Ich möchte Ihnen sagen: Bei Kinder- und Jugendbeteiligung sind wir nie fertig. Politiker mögen es ja gerne, wenn man etwas implementiert oder macht, und dann läuft und funktioniert es, sodass man sich um nichts mehr kümmern muss. Das ist in dem Bereich nicht so. Partizipation ist ein ständiger, mühsamer Prozess, der sich aber lohnt. Versprechen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nachdem wir heute schon hitzige und aufregende Debatten hatten, möchte ich Ihnen noch folgendes Zitat von Antoine de Saint-Exupéry mitgeben, der es hervorragend versteht, Menschen zum Nachdenken zu bringen:

Wenn du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.

In diesem Sinne lassen Sie uns gemeinsam Sorge dafür tragen, dass das Kinder- und Jugendförderungsgesetz das am häufigsten beachtete Gesetz in NRW wird. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hanses. – Als Nächstes spricht Frau Abgeordnete Dr. Butterwegge von der Fraktion Die Linke.

**Dr. Carolin Butterwegge (LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Worum geht es bei diesem Antrag? – Es geht um Partizipation und es geht um Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei sie betreffenden Angelegenheiten. Wir Linke unterstützen dieses Anliegen

im Kern, weil wir Betroffene immer zu Beteiligten machen wollen.

Wir sehen auch das Land und damit diese Landesregierung in der Verpflichtung, optimale Rahmenbedingungen für eine solche Beteiligungsstruktur, sprich: für die dafür nötige Infrastruktur bereitzustellen. Diesen Handlungsauftrag erteilt unter anderem das Kinderförderungsgesetz, und zu diesem Auftrag an die Landespolitik stehen wir.

In der Vergangenheit wurden dafür verschiedenste Instrumente geschaffen: Kinder- und Jugendforen und -räte, Jugendparlamente auf kommunaler Ebene, der Pakt mit der Jugend, der Jugendlandtag. Einiges ist ja schon angesprochen worden.

Aber wie wirkungsvoll sind diese Angebote im Einzelnen? – Darüber – denke ich – müssen wir diskutieren. Wir müssen auch darüber diskutieren, wie offen und wie niedrigschwellig sie für alle Jugendlichen angelegt sind.

Als Linke sind wir der Auffassung, dass Jugendparlamente in den Kommunen und überregional nur Sinn machen, wenn sie demokratisch legitimiert sind, wenn sie über wirkliche, gesetzlich garantierte Kompetenzen verfügen und wenn sie eigene Budgets haben. Sie müssen demokratisch sein und dürfen Jugendpartizipation nicht nur vorgaukeln.

(Beifall von der LINKEN)

Solche Teilhabestrukturen auf lokaler Ebene gibt es aber nur in manchen Kommunen. Ich habe gehört: in 62 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Von einer flächendeckenden Struktur kann also nicht die Rede sein. Diese Teilhabestrukturen haben je nach Kommune ganz unterschiedliche Kompetenzen und auch stark voneinander abweichende Infrastrukturen im Rücken. Und das ist ein Problem.

Selbstredend unterstützen wir auch das im Antrag formulierte Anliegen eines landesweiten Kinder- und Jugendrates. Allerdings halten wir es in der skizzierten Form und ohne Begleitmaßnahmen an der Basis in den Kommunen für unzureichend und letztlich irreführend.

(Beifall von LINKEN und GRÜNEN)

Man muss nämlich sorgsam beachten, ob ein solcher Kinder- und Jugendrat tatsächlich ein breit getragenes und legitimes Selbstvertretungsorgan der Kinder und Jugendlichen ist, ob er von der Politik verordnet, regierungsamtlich angezettelt oder gar instrumentalisiert wird. Man muss auch Nachteile im Räte- und Delegiertenprinzip abwägen, die Jugendliche von der Beteiligung an einer solchen Struktur abhalten können, beispielsweise aufwendige Wahlvorgänge oder die Tatsache, dass einfach nicht jedem die Möglichkeit zur Beteiligung gegeben ist.

Verehrte Damen und Herren Abgeordnete, es ist äußerst ungläubig, wenn das Anliegen, die

Jugendbeteiligung institutionell zu stärken, ausgerechnet von der FDP eingeklagt wird. Herr Hafke sagte eben, ein Handlungskonzept für mehr Jugendbeteiligung müsse her. Immerhin haben Sie, verehrte Antragstellende, von denen jetzt leider nicht mehr allzu viele im Saal sind, fünf Jahre lang die Chance vertan, institutionelle Rahmenbedingungen für eine effektive Jugendbeteiligung auf Landesebene zu schaffen.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Sämtliche Parteien, die die Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit im Kinder- und Jugendförderplan in den vergangenen Jahren gegen den Widerstand Betroffener durchgesetzt haben, müssen sich fragen lassen, wie eine Jugendpartizipation ohne ausreichende Förderung der Jugendverbände und der Jugendarbeit umsetzbar ist. Denn während der weitgehend machtlose Jugendlandtag debattiert hat, wurden die Förderung für die Jugendverbände in NRW um mehrere Millionen € gekürzt und damit andere Partizipationsmöglichkeiten gekappt.

(Beifall von der LINKEN)

Nun, nach Jahren der Kürzung, auf einmal die Förderung einer landesweiten Dachstruktur zur Jugendselfstvertretung einzuklagen, was ich im Prinzip für richtig halte, während man selbst fünf Jahre lang Zeit gehabt hätte, eine solche sowohl in den Kommunen vor Ort als auch landesweit aufzubauen und zu fördern, ist doppelzünftig, auf jeden Fall aber unglaublich.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tenhumberg zulassen?

**Dr. Carolin Butterwegge (LINKE):** Nein. – Was ist also vonnöten? – Wir brauchen zunächst mehr Kinder- und Jugendräte, -foren und -parlamente vor Ort, die gut ausgestattet, demokratisch legitimiert, selbst gestaltet und mit eigenen Kompetenzen ausgestattet sind. Die Zahl und die Verbreitung solcher Gremien in Nordrhein-Westfalen sind insgesamt unzureichend. Beteiligungschancen dürfen nicht vom Wohnort oder von der kommunalen Kassenlage abhängen.

Ich bin der Auffassung: Partizipation braucht vor Ort eine gesicherte Infrastruktur, niedrigschwellige, offene Strukturen und autonom verwaltete Freiräume. Das weiß ich gut, weil ich selbst aus der autonomen Jugendarbeit, aus einem autonomen Jugendzentrum komme. Das heißt, eigenständige Jugendverbandsarbeit, autonome Jugendselfstvertretungsstrukturen sind nötig für eine tatsächliche Partizipation. Und dafür setzen wir Linke uns ein.

In der Tendenz stimmt die Fraktion also der Intention des Antrages und seiner Überweisung an die Ausschüsse zu, weil wir das Anliegen, Partizipationsmöglichkeiten zu mehr, teilen. Aber wir halten den Antrag für unzureichend, weshalb wir seine Überweisung empfehlen, um ihn weiter diskutieren zu können.

Abschließend möchte ich sagen: Partizipation bedeutet Teilhabe in sozialer und in kultureller Hinsicht. Diese Voraussetzungen sind bei vielen Kindern aus Hartz-IV-Haushalten aber nicht gegeben. Auch daran müssen wir arbeiten, wenn wir über Partizipation reden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Butterwegge. – Das Wort hat für die Landesregierung Frau Ministerin Schäfer.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Hafke, ich habe mich auch gefreut, dass die FDP diesen Antrag in das Parlament eingebracht hat.

(Beifall von der FDP)

Ich habe mich ein zweites Mal gefreut, weil es offensichtlich eine der wenigen Gelegenheiten ist, bei der ich mal zu einem nicht streitigen Thema reden darf. Das finde ich auch sehr schön.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Das ist unsere Einladung für eine Zustimmung!)

Herr Hafke, Sie haben ausgeführt, die Partizipation und die Jugendpolitik leiteten das zentrale Thema der nächsten fünf Jahre ein. Offensichtlich haben Sie unsere Koalitionsvereinbarung hierzu noch einmal sehr gründlich studiert; denn in der Koalitionsvereinbarung, quasi dem Arbeitsprogramm, haben wir dokumentiert, dass wir der Jugend ein eigenständiges Politikfeld zubilligen. Das haben Sie in den letzten fünf Jahren nicht in der Form getan; das hat man ja auch schon mal leise durchklingen gehört. Aber die SPD ist immer für das Prinzip der zweiten Chance, die Landesregierung auch. Insofern haben Sie jetzt die zweite Chance, im Bereich der Jugendpolitik an einem guten, möglicherweise interfraktionellen Antrag mitzuwirken.

Über die Bedeutung von Partizipation und Teilhabe haben viele meiner Vorrednerinnen und Vorredner schon ausführlich gesprochen. Das will ich an dieser Stelle nicht wiederholen. Aber ich möchte hier zwei Sätze aus Ihrem Antrag zitieren:

Kinder und Jugendliche sind am gesellschaftlichen, politischen und sozialen Leben umfassend zu beteiligen. Sie sollen entsprechend ihrer Fähigkeiten zu den Kinder und Jugendliche unmit-



telbar betreffenden Entscheidungen gehört werden.

Ich erinnere an die Debatte zum Tagesordnungspunkt 4. Da ging es in der Tat noch einmal um die Partizipation in einer Schulkonferenz und die Teilhabe. Herr Tenhumberg spricht davon, junge Menschen an 365 Tagen zu beteiligen. Die Schule ist doch ein Ort, an dem junge Menschen ständig sind, an dem sie mitreden und mitgestalten, ihre eigenen Befindlichkeiten einbringen und dann auch darüber mitbestimmen können. Ich wundere mich sehr, dass Sie das an der einen Stelle ausschließen, es aber an dieser Stelle wieder zum Prinzip erheben. Das ist für mich nicht schlüssig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber, wie gesagt, ich denke, Sie sind lernfähig. Das freut uns umso mehr.

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte auf eine Zahl hinweisen, die nicht unwichtig ist: Der Anteil der Menschen unter 18 Jahren beträgt lediglich noch 20 % der Gesamtbevölkerung. Daher ist es sehr wichtig, Kindern und Jugendlichen eine aktive Stimme zu geben, damit sie in der Gesellschaft Gehör finden. Die Partizipation ist für uns ein Garant dafür, dass Kinder und Jugendliche als eigenständige Persönlichkeiten ernst genommen werden. Sie haben ihre eigenen Auffassungen, ihre eigenen Lebensstile und ihre eigenen Kulturen.

Es ist auch schon darauf hingewiesen worden, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine aktive Beteiligungskultur haben, die nicht zuletzt durch eine intensive Förderung in den letzten 15 Jahren entstanden ist. Diese aktive Beteiligungskultur wird auch daran deutlich, dass mehr als 36 % unserer jungen Menschen sich ehrenamtlich engagieren und durchaus politisches Bewusstsein haben. Dies steht manchmal im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung, die den jungen Menschen ein politisch verantwortliches Handeln an der einen oder anderen Stelle abspricht.

Beteiligen und sich engagieren bedeutet aber auch, dass wir ein gutes Fundament für die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft schaffen. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass durch ehrenamtliches Engagement und durch Beteiligung zugleich das Bewusstsein gestärkt wird, auch als Erwachsener verantwortlich in dieser Gesellschaft tätig zu sein. Das wollen wir im Bereich Jugendpolitik, offene Jugendarbeit, erreichen, aber das könnten wir genauso gut in dem Bereich Schule erreichen. Wir sollten es an beiden Stellen tun und nicht nur an der einen und an der anderen nicht.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Ich teile allerdings auch die Auffassung des Kollegen Tenhumberg, dass man sich einmal fragen muss, ob man noch eine Parallelstruktur schaffen

sollte, eine Landeskoordinatorenstelle oder Landeskoordinationsstelle Beteiligung. Die Bedenken, dass das eventuell zu viel Bürokratie sein könnte, teile ich durchaus. Darüber müssen wir reden. In diese Debatte wird sich die Landesregierung gerne aktiv einbringen.

Noch einmal abschließend: Beteiligung ist keine Sonderaufgabe, sondern muss im Querschnitt, in allen denjenigen Bereichen erfolgen, in denen Jugendliche betroffen sind. Nach unserer Auffassung gelingt das am ehesten dann, wenn die Projekte der Beteiligung vor Ort angesiedelt sind, die ganz konkret Gelegenheit geben, die Alltagswelt zu gestalten und sie verändern zu können. Wir werden daher auch die Organisation der Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendparlamente usw. – es gibt so vieles, so Vielfältiges – bei der Qualifizierung und bei der Weiterentwicklung der Partizipation junger Menschen einbeziehen. Es geht nicht nur um eine Unterstützerkultur, es geht darum, die Selbstorganisationspotenziale junger Menschen zu stärken und sie zu ermutigen.

Das abschließend seitens der Landesregierung zu diesem Thema. Ich bin sehr gespannt, wie die Debatte im Ausschuss erfolgen wird. Ich denke, im Ziel sind wir uns einig, bei den Wegen haben wir noch unterschiedliche Zugänge, aber vielleicht schaffen wir auch da die Einigkeit im Sinne der Jugendlichen und Kinder in unserem Land Nordrhein-Westfalen. – Danke schön.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Ministerin Schäfer, vielen Dank für Ihren Beitrag. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 15/18** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich lasse über diesen Überweisungsantrag des Ältestenrates abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag einstimmig überwiesen worden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

## **7 Abschiebungsstopp für Roma aus dem Kosovo und für Flüchtlinge aus Syrien – Gravierende Menschenrechtsverletzungen verhindern**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/31